



Politischer Kurzbericht

**Im Fadenkreuz rumänischer Außen- und
Sicherheitspolitik: die Schwarzmeerregion**

von

Dr. Günter W. Dill / Maria Vasiu

Außenstelle Bukarest der Konrad-Adenauer-Stiftung

November 2005

Das NATO- und prospektive EU-Mitgliedsland Rumänien sucht seine künftige Rolle an der Südostflanke Europas zu definieren. Zweifellos wächst der Regionalmacht unter den Schwarzmeer-Anrainern eine besonders große Verantwortung in außen- und sicherheitspolitischer Perspektive zu. Voraussetzung für Glaubwürdigkeit der Außen- und Sicherheitspolitik Rumäniens in der Region ist freilich die innere Stabilisierung als freiheitlicher und demokratischer Rechtsstaat.

Herausforderungen und Risiken

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und nach dem Ende der bipolaren Dominanz der Welt erleben wir eine tiefe Änderung der politischen Weltordnung, des Systems der internationalen Beziehungen. Das neue System ist von einem geopolitischen Wechsel der komparativen Relevanz der Regionen gekennzeichnet. Die Schwarzmeerregion ist eine dieser Regionen, die sowohl Bedrohungen ausgesetzt ist als auch vermehrt Chancen eröffnet.

Die meisten Probleme dieser Region haben historische Ursachen. Dazu zählt vor allem der schwierige Prozess des Übergangs von einer zentralgeleiteten Wirtschaft zu einer sozialen Marktwirtschaft. Dieser Prozess hatte eine Reihe von Wirkungen zur Folge, die das Funktionieren der regionalen Kooperations- und Integrationsstrukturen für die Schwarzmeeranrainernstaaten schwierig machen.

Dazu zählen folgende Umstände:

- **Historische Legate:** Reste einer historischen Rivalität zwischen Russland und der Türkei, aber auch zwischen Griechenland und der Türkei. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion haben Ukraine und Georgien versucht, ihre Beziehungen mit Russland zu normalisieren, während Armenien und Aserbaidschan immer noch in einem quasi Kriegszustand sind.
- **Ethnische Konflikte:** In der Balkanregion herrschen immer noch ethnische politische Konflikte, aber auch in Transnistrien und im Kaukasus. Sie haben nicht zuletzt auch das Investitionsklima sehr negativ beeinflusst.
- **Dominanz innergesellschaftlicher/ innenpolitischer Probleme:** Die internen Probleme dieser Länder haben dazu beigetragen, dass sich ihre Regierungen mehr auf interne Fragen als auf eine internationale Agenda konzentrierten.
- **Wirtschaftliche Schwäche:** Fast alle Länder der Region haben keine Autonomie. Ihre schwache Wirtschaft verfügt nicht über genügend Ressourcen, um die Importe zu finanzieren. Die erfolglose Industrie und Landwirtschaft verhindert eine Kooperation und gleichzeitig eine Entwicklung dieser Märkte.
- **Akzeptanzprobleme:** Korruption und langsame politische Reformen haben Unzufriedenheit der Bevölkerungen dieser Länder mit der Demokratie verursacht, sodass diese oft in den ehemaligen sowjetischen Ländern kommunistische Kräfte an die Macht wählten oder für stärkere Beziehungen mit Russland plädierten.
- **Divergenz außenpolitischer Prioritäten:** Da die außenpolitischen Prioritäten dieser Länder oft gegensätzlich sind, neigen sie dazu, strategische und Sicherheitsbeziehungen mit verschiedenen globalen und regionalen Mächten zu pflegen, deren Politiken am Schwarzen Meer oft auf Konflikten basieren.
- **Mangel an politischer Koordination:** Die Politik der EU und der USA am Schwarzen Meer könnte mehr Investitionen fördern oder das wirtschaftliche Klima verbessern. Leider mangelt es diesen Politiken an Koordination.

Gemessen an diesen Befunden ist die Schwarzmeerregion bis jetzt ein Verlierer.

Die negativen Aspekte der Globalisierung, wie der

- religiöse Extremismus,
- Nationalismus,

- Drogenhandel,
- Waffenschmuggel,
- illegale Migration etc.

sind weiterhin stark in dieser Region präsent. Dies schränkt das herkömmliche Verständnis von staatlicher Souveränität, nationaler Sicherheit und nationalem Interesse ein und unterminiert gleichzeitig die regionale Sicherheit und Stabilität.

Die Ereignisse des 11. September zeigten, wie angreifbar die Welt gegenüber Terrorismus ist. Die Schwarzmeerregion macht da keine Ausnahme. Sie ist mit einer Reihe von Sicherheitsbedrohungen konfrontiert und hat nur wenige Möglichkeiten, um sich dagegen zu schützen. Es sieht so aus, dass viel vom globalen Kampf gegen den Terrorismus, der von den großen Mächten betrieben wird, abhängig ist.

Gleichzeitig ist die Region eine Schnittstelle für unterschiedliche konfliktgeladene Interessen, insbesondere in wirtschaftlicher und energiepolitischer Hinsicht von Seite der USA, Russland und EU.

Es geht hier auch um die Energielieferungen (Gas, Öl) vom Kaspischen Meer durch den erweiterten Schwarzmeerraum nach Westen.

Was für Russland ein Hebel ist für die Einflussnahme in der Region, ist andererseits für die EU und USA vor allem eine Frage der Sicherung einer unbehinderten Energieversorgung. Dies wird auch deutlich bei den unterschiedlichen Verläufen der in letzter Zeit gebauten oder geplanten Erdgasleitungen durch den Norden und Süden der Region des Schwarzen Meeres.

Alle beteiligten Akteure haben in gleicher Weise - im Hinblick auf die sicherheitspolitischen Gefährdungen der Region durch die Vielzahl eingefrorener Konflikte (Transnistrien, Nagorno-Karabach, Ossetien, Abkhazien) - ihre jeweils eigenen sicherheitspolitischen Akzente gesetzt.

Das gilt zum Beispiel auch für die fortgesetzte Präsenz Russlands und seine Unterstützung des separatistischen Smirnov-Regimes in Transnistrien. Das gilt aber auch für die Förderung der oppositionellen demokratischen Kräfte in Georgien und in der Ukraine von Seiten der USA oder auch den Aufbau von Militärbasen in Rumänien und Bulgarien.

Grundprinzipien der rumänischen Außen- und Sicherheitspolitik am Schwarzen Meer.

Vor dem Hintergrund der beschriebenen Konfliktlage in der Region ergeben sich für das NATO- und prospektive EU-Mitglied Rumänien eine Reihe von Konsequenzen.

Grundsätzlich hat Rumänien in den Verhandlungen mit der EU seine Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) festgestellt.

„Rumänien ist bereit, den gemeinschaftlichen Besitzstand im Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) zu übernehmen und umzusetzen. Die für die Implementierung erforderlichen Strukturen wurden geschaffen und die Außen- und Sicherheitspolitik Rumäniens beruht auf denselben Grundsätzen und hat dieselbe Orientierung wie die von der Europäischen Union geförderte Politik“¹

Die spezifische strategische Rolle Rumäniens am Schwarzen Meer hat Staatspräsident Basescu sehr prägnant auf einer Konferenz der Konrad - Adenauer - Stiftung, Außenstelle Bukarest Ende Juni 2005 formuliert:

„Rumänien gehört zu den Ländern, welche in ihrer Außenpolitik das europäische Konzept zur Lösung der ethnischen Problematik im Westbalkan fördern. [...] Das Schwarze Meer ist ein weiterer Raum von großem Interesse für uns. Es ist der Raum, wo eine zweite Welle der Demokratisierung nach derjenigen in Osteuropa Ende der 80er Jahre stattgefunden hat. Auf dem ehemaligen sowjetischen Gebiet bildete sich eine neue Demokratiewelle als Ergebnis des politischen Willens der in Georgien, in der Ukraine und sogar in der Republik Moldawien lebenden Völker. Im Unterschied zum Westbalkan haben wir es hier jedoch mit Konfliktzonen zu tun, die Spannung anhäufen. [...] In diesem Raum finden wir Transnistrien, die Nagorno-Karabachische Republik, Ossetien und Abchasien vor - alle mehr oder weniger eingefrorene Konflikte, die aber die Spannung in der unmittelbaren Nähe der NATO- und EU-Grenze dauernd wachsen lassen. [...] Es ist unerlässlich, dass durch diplomatische Anstrengungen und friedensspezifische Mittel im Schwarzmeerraum der Frieden wiederhergestellt wird, bevor das Ganze in einen neuen Westbalkan ausartet. Die Involvierung der NATO- und der EU-Mitgliedstaaten ist für den Abbau der Spannungen, welche sich tagtäglich anhäufen, ja unbedingt geboten.“

¹ Rumänisches Positionspapier zu Kapitel 27 der EU-Beitrittsverhandlungen.

Diese Einschätzung spiegelt sich auch im außen- und sicherheitspolitischen Zielkatalog der rumänischen Regierung:

- die Förderung von Beziehungen guter Zusammenarbeit und Nachbarschaft zu den südosteuropäischen Staaten zwecks Friedenssicherung, Demokratiestärkung, Einhaltung der Menschenrechte und wirtschaftlichen Wohlstands;
- der Schutz der Interessen Rumäniens und der EU im südosteuropäischen Raum, so wie die kohärente und offensive Lösung der Probleme mit der Ukraine aufgrund der Grundsätze des öffentlichen, internationalen Rechts;
- die Förderung der Beziehungen zur Republik Moldawien aufgrund einer aktiven Orientierung, die einerseits die Einhaltung der Menschenrechte, die Stärkung des demokratischen Rahmens und der wirtschaftlichen Reformen, andererseits die Unterstützung der rumänischen Kultur verfolgt. In diesem Sinne wird Rumänien Stipendien vergeben, die kulturellen Rechte der Rumänen verteidigen und Initiativen unterstützen, welche die Umsetzung der demokratischen Reformen und die Einhaltung der Menschenrechte fördern. Rumänien wird gleichzeitig über die strikte Einhaltung der abgeschlossenen, bilateralen Abkommen wachen;
- die Zusammenarbeit im Rahmen des Südosteuropa-Kooperationsprozesses (SEECp) zur Förderung des Stabilisierungs- und Assoziationsprozesses der Europäischen Union für die Staaten der Westbalkanregion, so wie der Aufbau einer strukturellen Beziehung zwischen UE und SEECp;
- die Auswertung der Mechanismen und Ressourcen des SECI²-Zentrums zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität und Förderung einer kohärenten Politik gegen die unkonventionellen Risiken für die Sicherheit in der Region;
- die Intensivierung der Zusammenarbeit im Rahmen der Schwarzmeer-Wirtschaftskooperation zwecks Abwicklung und tatsächlichen Umsetzung der schon genehmigten Projekte (im Energiebereich, Finanzen- und Bankenwesen, Transport und Tourismus) und dadurch der erfolgreichen Verbindung der Initiativen dieser Organisation mit den Prioritäten der Volkswirtschaft Rumäniens und den Interessen rumänischer Geschäftsleute;
- die Verwendung der vorliegenden Infrastruktur, der Anlagen und der rumänischen Fachleute als Vorteile in der zunehmenden Involvierung Rumäniens in der

² Südosteuropäische Kooperationsinitiative

regionalen Energiesicherungspolitik: Förderung, Speicherung, Verarbeitung und Vertrieb von elektrischem Strom, Erdöl und Erdgas.

Welche Mittel kann Rumänien einsetzen zur Erreichung seiner Ziele?

Die Antwort hat zwei Aspekte: eine diplomatische und eine militärische.

Auf *diplomatischer* Ebene ist Rumänien in eine Vielzahl multilateraler Konsultationsgremien eingebunden:

Schwarzmeerkooperationsrat (SMKR), WEU (West Europäische Union), SECI (South Eastern European Cooperation Initiative), Stabilitätspakt für Südosteuropa, NATO etc.

Bilateral versucht Rumänien, mit der Ukraine durch die gemischte Staatspräsidentenkommission Juschtschenko - Basescu nachhaltige Lösungen für das Transnistrien Problem zu finden – nach Aussage des rumänischen Außenministers Mihai Razvan Ungureanu in einem Interview für die rumänische Tageszeitung Ziua. Aber auch mit der benachbarten Republik Moldau gibt es einen regelmäßigen Meinung- und Erfahrungsaustausch zum selben Thema.

Darüber hinaus: Rumäniens neuer Beobachterstatus im Europäischen Parlament seit Herbst 2005, aber auch die privilegierte Partnerschaft mit den USA ermöglichen dem Land offene Kommunikationskanäle zu allen außen- und sicherheitspolitischen Fragen.

Im militärischen Bereich hat Präsident Basescu die Zielsetzung des Landes am Schwarzen Meer bei der jährlichen Konferenz der rumänischen Diplomatie Ende August 2005 in Bukarest angedeutet: „Rumänien hat die Verpflichtung, nicht nur ein Konsument, sondern auch ein Lieferant von Sicherheit zu sein.“

Das spiegelt sich zum einen in der Zustimmung zur Stationierung von amerikanischen Stützpunkten am Flughafen in Constanta und andererseits in der Zweckbestimmung des Militärs insbesondere für friedensichernde und humanitäre Missionen. (Blackseafor, MPSEE, EU Rapid Reaction Force und NATO Rapid Reaction Force etc). In diesen Kontext gehört auch der Erwerb von 2 Fregatten. Darüber hinaus besitzt Rumänien ausgedehnte Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit der USA im Krieg im Irak und Afghanistan.

Kann Rumänien seinen Zielsetzungen gerecht werden?

Staatspräsident Basescus große Vision einer aktiveren und dynamischeren Rolle am Schwarzen Meer wird im internationalem Rahmen von den Akteuren EU beziehungsweise USA nur gedämpft unterstützt. Eine Erklärung dafür liegt schon in der Tatsache begründet, dass beide Akteure ihre eigenen Prioritäten in der Region verfolgen, auf die bereits hingewiesen wurde.

Auch im Urteil rumänischer Beobachter sind diese Ambitionen nicht unumstritten. Die renommierte Politikwissenschaftlerin und SAR (Rumänische Akademische Gesellschaft) - Direktorin, Alina Mungiu Pippidi, meinte in einer im Juni 2005 veröffentlichten Studie, dass die rumänische Regierung weder über die Personalkapazitäten und dementsprechend die Expertise, noch über den möglichen Einfluss in Europa verfügt, um die Probleme im Schwarzen Meer zu lösen. Europa wolle nicht mehrere Fronten gegenüber Russland eröffnen zusätzlich zu denen, die es schon im Baltikum hat. Im übrigen ist es stark von den Energienimporten aus Russland abhängig, wodurch die Region am Schwarzen Meer eher ein Problem bleibt, worum sich Rumänien vorrangig kümmern muss.

FAZIT

Als siebtgrößtes Land in der EU und in einer strategisch bedeutsamen Position an der Südost- Flanke von NATO und Europäischer Union, außerdem angrenzend an Schwarzmeer und die westlichen Balkan-Staaten kann Rumänien zweifellos längerfristig eine ganz wichtige Rolle übernehmen bei:

- der Stabilisierung der SOE Region
- der Gewährleistung von sicheren Grenzen der EU
- dem Kampf gegen Terrorismus
- der konstruktiven Förderung von Kooperationsbeziehungen in der Region.

Dafür müsste es aber einige Voraussetzungen erfüllen. Vorrang hat der erfolgreiche Beitritt in die EU. Denn erst unter diesen Bedingungen erscheint die Außen- und Sicherheitspolitik Rumänien als glaubwürdig – mit stabilen und leistungsfähigen Institutionen der zentralen und lokalen Verwaltung, mit einer stabilen und unabhängigen Justiz, mit einer funktionierenden und wachstumsfähigen Marktwirtschaft, mit einer sicheren Grenze und gut vorbereiteten Polizeiorganen. Damit kann Rumänien aktiv und passiv als freiheitlicher und demokratischer Rechtsstaat wirken.

Was unter allen Umständen in der Region notwendig ist, ist eine erheblichere Einwirkung der westlichen Mächte. Der Preis des Westens für die Integration dieser Länder wird sehr hoch sein, aber der Preis dafür, diese nicht zu integrieren, wäre noch höher. Sonst werden andere Mächte angeregt, Südosteuropa und die Schwarzmeer-Staaten in ein Sprungbrett von organisierter Kriminalität und internationalem Terrorismus umzuwandeln.

Notwendig ist eine koordinierte Strategie, die eine von Konfrontation gekennzeichnete Region in eine Region der Kooperation transformiert.

Gemeinsame Nutzung von Natur- und Humanressourcen bezogen auf entwickelte Infrastruktur werden es der Region erlauben, ihre zweifellos vorhandenen komparativen Vorteile zu nutzen. Regionale Initiativen - unterstützt von der internationalen Gemeinschaft – könnten dann auch die Fähigkeit der Schwarzmeerstaaten erhöhen, die Herausforderungen sowohl der Globalisierung wie auch des internationalen Terrorismus zu bestehen.